

Mitteilung an die kirchlichen Medien

Embargo: 15. Dezember 2000

OeKU-Vorstand empfiehlt: Strassen für alle!

Der Vorstand der Oekumenischen Arbeitsgemeinschaft Kirche und Umwelt, die die Bischofskonferenz und den Evangelischen Kirchenbund in Umweltfragen berät, empfiehlt die Initiative "Strassen für alle", die innerorts Tempo 30 einführen will, zur Annahme. Die Abstimmung findet am 4. März 2001 statt.

Die Initiative des Verkehrsclubs der Schweiz "Strassen für alle" verlangt Tempo 30 innerorts für alle Wohngebiete und Gefahrenstellen. Der OeKU-Vorstand ist der Meinung, dass eine Verringerung der Zahl der Verkehrstoten und -verletzten sowie die Verringerung der Lärm- und Abgasemissionen die flächendeckende Einführung von Tempo 30 innerorts notwendig machen. Zudem geht es darum, mit Tempo 30 schwächere VerkehrsteilnehmerInnen wie ältere Menschen und Kinder zu schützen und ihnen Platz auf der Strasse zuzugestehen. Die Attraktivität von Fortbewegungsweisen wie Velofahren und zu Fuss gehen würden erhöht. Sozial- und umweltethischen Anliegen wie dem Recht auf Leben und eine angemessene Lebensqualität, der sozialen Gerechtigkeit und der Nachhaltigkeit kann mit der Annahme der Initiative nachgelebt werden.

Der Bundesrat lehnt die Initiative ab, obwohl er in seiner Botschaft feststellt, dass allgemeine Tempolimiten erwiesenermassen das Unfallgeschehen günstig beeinflussen, den Schadstoffausstoss verringern und den Lärm reduzieren. Die Regierung begründet ihre Haltung mit der Tatsache, dass die alleinige Signalisation von Tempo 30 die tatsächlich gefahrene Geschwindigkeit kaum reduziere. Dem hält der OeKU-Vorstand entgegen, dass die Annahme der Initiative durch die Stimmenden als Auftrag an die Behörden zu werten wäre, die notwendigen flankierenden Massnahmen für die Einhaltung von Tempo 30 zu ergreifen.